

Dresdner Volkszeitung

Buchdruckerei: Leipzig.
Gedruckt & Komp., Nr. 20618. Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Herausgeber: Ernst Krumbold, Dresden.

Aboverreisungspreis einschließlich Dringelicht monatlich 2.00 M. Durch
die Post bezogen vierzehntäglich 6.00 M. unter Kreisband für Deutschland
und Österreich 8.00 M.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Herausgabe: Berliner Platz 10. Tel. 25201.
Sprechstunde am Montag von 12 bis 1 Uhr.
Reiseleitung: Berliner Platz 10. Tel. 25201.
Geschäftsstelle: Berliner Platz 10. Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigepreis: bis 7 geballte Blätter je 90 Pf. Familienanzeigen
70 Pf. bis 8 geballte Blätter je 3 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt.
Anzeige wird im voran gegeben. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an voraus
geschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefwerbung 20 Pf.

Nr. 283

Dresden, Montag den 8. Dezember 1919

30. Jahrg.

Probleme des Ostens

In Kopenhagen verhandelt der Abgesandte der Moskauer Regierung Litwinoff mit den Engländern angeblich über die Kriegsgefangenenfrage, in Wirklichkeit aber auch außerdem über den Frieden. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wird auch für Deutschland von größter Bedeutung sein.

Sobald die Kriegsgefangenenfrage allein berücksichtigt deutliche Interessen. In Russland und besonders in jenem Teil Sibiriens, der jetzt wieder unter bolchevistische Herrschaft gelangt ist, befinden sich noch über 10.000 deutsche Kriegsgefangene. Auf der anderen Seite gibt es in Deutschland noch an den 200.000 russische Kriegsgefangene. Deutschland hätte die russischen Kriegsgefangenen schon längst zurückzugeben, wenn die Entente das nicht verboten und durch die Blockade auch die technischen Möglichkeiten des Heimtransports gesperrt hätte. Die Verhandlungen Litwinoffs mit den Engländern sollen sich nun angeblich auch auf diese Frage beziehen. Das heißt, die Entente soll darüber entscheiden, ob Russland und Deutschland ihre Kriegsgefangenen untereinander austauschen dürfen. Die Bereitwilligkeit dazu ist auf beiden Seiten vorhanden.

Es ist ganz ungewisslich: Russland will die deutschen Gefangenen der Freiheit wiedergeben, Deutschland will mit den russischen Gefangenen desgleichen tun, aber beide, in ihrem Willen übereinstimmend, sind in ihrem Willen nicht ein. Ob Russland die deutschen Gefangenen, Deutschland die russischen Gefangenen herausgeben darf, hängt vom Willen der Entente ab.

Die deutsche Regierung hat allen Grund, sich nicht nur um das Schicksal unserer Gefangenen in Frankreich, sondern auch um die Not ihrer Schicksalsgefährten in Russland ernstlich zu kümmern. Wenn Frankreich die deutschen Gefangenen zurückhält, so ist es mit Willen Slavenhalter. Wenn Deutschland und Russland unter dem Druck der Entente Gefangene den von ihnen gewünschten Gefangenenaustausch nicht bewerkstelligen können, so sind sie Slavenhalter gegen ihren Willen. Man sollte noch immer Optimist genug sein, zu glauben, daß die Welt nicht unverändert bleiben kann, wenn sie auf die Unzufriedenheit dieses Zusammensetzung mit den nötigen Deutlichkeit hingewiesen wird.

Der Friedensvertrag von Versailles verpflichtet Deutschland, die von der Entente mit Russland zu treibenden Abmachungen im voraus vorbehaltlos anzuerkennen. Dadurch soll ein Druck auf Deutschland ausgeübt werden, jede eigene Rivalität Russland gegenüber zu unterlassen. Aber dieser Druck kann nicht vollständig sein. Ist es Deutschland nicht einzubilden, besondere Abmachungen mit Russland zu treffen und nach einer späteren Verträge der Entente mit Russland anstreben, so kann ihm doch niemand das Recht rauben, seine eigene Meinung über die Lösung der Fragen des Ostens auszusprechen und durch seinen Meinungsandrang auf die Deutlichkeit der ganzen Welt zu wirken. In diesem Sinne wäre eine größere Aktivität der russischen Politik Deutschland gegen allen Hessen des Vertrags von Versailles immerhin denkbar.

Deutschland kann gar nicht klar genug ausscheiden, daß es jede Politik der Intervention verurteilt und daß es in der bolschewistischen Staatsform kein Hindernis für anders organisierte Staaten sieht, mit Russland Frieden zu schließen und die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu ihm wieder aufzunehmen. Bedingung dafür ist nur, daß das Richtliniengesetz Prinzip, bei dem beiden Seiten in isolierter Weise als Richtschnur angenommen wird und daß Russland ebenso darum verzichtet, andere Staaten mit dem Bolschewismus zu belästigen wie die darum verzichten müssen, Russland vom Bolschewismus zu bestreiten.

Für die Entente besteht eine große Schwierigkeit des Richtliniengesetzes darin, daß sie für die Generale Denikin, Koltchak und Judenitsch Partei genommen hat, und daß damit der Frieden zwischen Sowjet-Russland und den gegenrevolutionären Generälen zugleich auch ihre Sache geworden ist. Als Deutschland besteht diese Schwierigkeit nicht, da Deutschland gäbe es, bei dem entsprechenden Verhalten Russlands auch heute schon keinen Grund, die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen nicht wieder anzunehmen, wenn es nicht von der Entente gewollt war, davon abzubinden. Die Wiederaufnahme der Beziehungen würde auch nicht ausschließen, daß auch zu jenem Teil Russlands, der nicht unter bolschewistischer Herrschaft steht, ebenso fortsetzte Beziehungen erhalten würden wie zu Sowjet-Russland. Damit würde das Prinzip der vollen Neutralität der Richtliniengesetz in die inneren Verhältnisse Russlands gewahrt sein.

Deutschland hat kein Interesse daran, den Bolschewismus in Russland zu stützen, es hat ebenso wenig ein Interesse daran, ihn dort zu bekämpfen. Aber das allergrößte Interesse hat es daran, seine wirtschaftlichen Beziehungen zu dem großen Reich des Ostens wieder aufnehmen zu können. Solange Russland nicht in den allgemeinen Kreis des Kreises aufgenommen wird, bleibt die Weltwirtschaft einseitig belastet.

Welchen die Verhandlungen in Kopenhagen ohne Resultat, dann wird die große Frühjahrsoffensive der Entente gegen Sowjet-Russland wahrscheinlich; daß die französischen Sozialisten imstande wären, sie aufzuhalten, wird man nach den bisherigen Erfahrungen kaum annehmen dürfen. Der Gedanke an neue blutige Kämpfe im nächsten Frühjahr muss aber die ganze Menschheit mit Entsetzen erfüllen. Deutschland kann seine moralische Position in der Welt nur verbessern, wenn es den ihm verbliebenen kleinen Teil seines Einflusses dazu benutzt, um mit aller Entschiedenheit auch für Frieden im Osten einzutreten.

Der siebente Sowjetkongress

Amsterdam, 6. Dezember. Wie Telegraph meldet, bringt ein drakonisches Telegramm aus Moskau eine offizielle Mitteilung über den demokratischen Moskau stattfindenden siebenten Sowjetkongress. Dazin heißt es: Der siebente Sowjetkongress tritt in einem Augenblick zusammen, in dem das Rote Heer auf allen Fronten Erfolg davonträgt und infolge der Versetzung aller unserer Feinde der Bürgerkrieg seinem Ende entgegensteht. Die Entente steht an Waffenstillstand mit Sowjet-Russland. Wir werden Frieden schließen, aber unter der Bedingung, daß die Entente sich nicht in unsre Angelegenheiten einmischt. Wir sind bereit, Frieden einzugehen, werden aber keinen Frieden schließen, durch den wir untergraben werden. Die Regierung der Bauern und Arbeiter ist und wird stets die einzige Gewalt im arbeitenden Russland sein.

Madel nach Dorpat abgereist

Berlin, 6. Dezember. Madel, der vor einigen Tagen aus der Schweiz entlassen worden war, hat nunmehr Berlin verlassen, um an der Dorpater Konferenz teilzunehmen.

Einsinken der Entente?

Paris, 7. Dezember. Wie Matin mittelt, enthält die Note, die jedesfalls morgen den Vorstand der deutschen Friedensdelegation überreicht werden wird, keine Aufforderung an die deutsche Regierung, innerhalb einer bestimmten Frist auf die Vorladung des Römerhofes zu antworten. Sie enthält nur den Hinweis darauf, daß, falls die deutsche Regierung das Aufsatzprotokoll nicht unterschreibt und damit den Austausch der Militärisierungstaktiken unmöglich machen werde, der Waffenstillstand gekündigt werden wird.

Die Note soll hauptsächlich der Vertiefung der Scadovsko-Flotte im wesentlichen den Standpunkt aufrechterhalten, den der Römerhof eingenommen hat, jedoch den vitalen Interessen des deutschen wirtschaftlichen Lebens Bedacht tragen. Die Note wird feststellen, daß die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich unverzüglich nach dem Austausch der Militärisierungstaktiken in die Heimat zurückgeführt werden.

Ein weiteres bedeutsames Zugeständnis werde hauptsächlich des Schlußes des Protocols, der definitiv militärische Gegenmaßnahmen auch nach Wiederherstellung des Friedens vorstellt, gemacht werden. Die Verbündeten verzichten darauf, Deutschland besonderen Bedrohungen zu unterwerfen, sie beauftragen sich mit den Maßnahmen, die durch die Bestimmungen des Vertrags von Versailles vorgesehen seien.

Forderungen der Eisenbahner

Magdeburg, 8. Dezember. In einer gestern abgehaltenen Versammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes wurde beschlossen, die Regierung aufzufordern, sich bis 1. Januar 1920 über die Erhöhung des Lohnes zu entscheiden, da man nicht länger warten könne. Ferner wurde beschlossen, daß sich die Streikzeit bis 15. Dezember darüber entscheiden soll, ob sie die verlangte Wirtschaftshilfe an die Arbeiter und Werkstätter, die noch nichts erhalten haben, zahlen will. Widrigfalls würden sich alle Mitglieder des Verbandes mit dem in Betracht kommenden Arbeitern solidarisch erklären, auch wenn es zum äußersten kommen sollte. Besonderswert war, daß einen Vortrag über das Betriebsrätegesetz fast gar kein Señor gehabt wurde und der größte Teil der Versammlungsteilnehmer unter dem Ruf: „Das ist uns egal, wir wollen mehr Lohn!“ den Saal verließ.

Ende des Chemnitzer Angestelltenstreiks

Chemnitz, 8. Dezember. Nach Verhandlungen sind gestern früh die Streitigkeiten zwischen den Arbeitgebern und den Angestellten in der Chemnitzer Metallindustrie beigelegt worden. Die Arbeit wird heute Montag in allen Betrieben wieder aufgenommen werden.

Angestelltenstreitgefahr in Lübeck

Lübeck, 8. Dezember. Die Gefahr eines großen Angestelltenstreits im Handel und Gewerbe ist erheblich gestiegen. Eine Versammlung der Angestellten beschloß, auf einer Erhöhung der Gehälter um 15 Prozent, Bewilligung einer Wirtschaftshilfe von 1000 M. bzw. 600 M. für Periode und Pädagogik und auf Verkürzung der Arbeitszeit in der Woche von 48 auf 45 Stunden zu bestehen. Sollten die Unternehmer den neuen Tarifvertrag nicht genehmigen, so soll bereits am 13. Dezember in den Streik getreten werden.

Die Mantuaner Unruhen

Mantua, 8. Dezember. Die Unruhen während des Generalstreiks in Mantua waren sehr ernst. Die Stadt war am 3. und 4. Dezember völlig in der Gewalt der Aufrührer. Die Truppen hatten Befehl, unter keine Umstände zu läufen. Ungefährdet hemmungslos fuhren die Aufrührer des Bahnhofs, hoben die Schienen aus und stürmten das Gefängnis, befreiten etwa 200 Justizhäftlinge, entwaffneten viele Soldaten und verwundeten viele Offiziere, darunter den Stadtkommandanten Oberst Carga, einen Major und drei Hauptleute. Zwei Bassenläden und viele Lebensmittelhäuser wurden geplündert. Am dritten Tage, dem 5. Dezember, trafen Verstärkungen ein, mit dem Befehl, die Ruhe unter allen Umständen wieder herzustellen. In den Hauptstraßen wurden Maschinengewehre aufgefahren und ein längeres heftiges Feuer eröffnet. Die Truppen schossen jedoch in die Luft und es gab nur einen Verwundeten. Bei den Unruhen gab es acht Personen, darunter zwei Soldaten, getötet und viele verwundet. Die Unruhen erstreckten sich auch auf die Provinz; gegenwärtig herrscht wieder Ruhe. Dem Aufruhr der sozialistischen Partei auf Abruch des Generalstreiks ist, ausgenommen in Rom, Neapel, Verona, Padua, gestern überall folge geleistet worden.

Unser Ausfuhrhandel

Von R. Schmidt, Reichswirtschaftsminister

Als zu Beginn des Jahres unsere Industrie unter den fortgesetzten Sanktionen, die die politischen Unruhen und Streiks verursachten, schwer daneben lag und es nahezu fraglich erschien, ob es uns überhaupt gelingen würde, die Produktion so zu heben, daß wir wieder auf dem Weltmarkt mit einer Ausfuhr erscheinen würden, wurde allgemein die Forderung der Ausfuhr gefordert.

Vor allem waren sich Industrie und Handel darüber einig, daß alle Hemmungen in der Ausfuhr, sowohl sie nicht unbedingt notwendig für die Bedeutung des Bedarfs im Auslande waren, beseitigt werden müssten. Da die Kontrolle der Ausfuhr bewirkt würde durch irgendwelche bureaukratische Verwaltungseinrichtungen oder eine Organisation, die von den Interessenten selbst geführt und geleitet wird, ersehen nicht entscheidend für die Frage einer freien Entwicklung des Handels mit Verlusten. Man behauptete, daß der Handel in der Lage sei, alle die Kredite zu erschließen, um unsre Einfuhr weit über das Maß hinaus zu bringen, das bisher durch die Vermittlung der Reichsbahnen und der Regierung möglich war. Gebt mir den Handel frei, wir werden dann die Versorgung Deutschlands übernehmen!, das war ein viel gehörter Auspruch, der in allen Variationen nahezu in der gesamten bürgerlichen Presse zu finden war.

Was ist aus den Vergleichungen geworden?

Was sind nicht unerhebliche Kredite durch Private wahrgenommen, aber es besteht heute kein Zweifel, daß sie nicht ausreichen, um das zu erfüllen, was man versprach. Des-

halb konnte auch der Abbau der Außenwirtschaft nicht so schnell erfolgen, wie es bei einem Brüting der Flüssigmachung des privaten Kredites möglich gewesen wäre.

Zu der Beurteilung der Freiheit der Ausfuhr ist jedoch in der gesamten bürgerlichen Presse ein Umschwung eingetreten, und heute redet man mehr von einem Ausbau, als von einer Freiheit des Ausfuhrhandels. Man begibt sich dabei von dem einen Extrem in das andre und beruft, daß eine Freiheit der Ausfuhr und der Einfuhr eigentlich überhaupt nicht besteht. Zur Wahrheit der Beurteilung sei in Klasse festgestellt, daß nur für eine geringe Anzahl Rohstoffe der Industrie eine Freiheit der Einfuhr bestand, für einen Teil der Rohstoffe vorschriftsmäßig festgelegt wurde, also eine beschränkte Einfuhr bestand, und im allgemeinen Exportgegenstände und Fertigwaren von der Einfuhr ausgeschaltet wurden. Nur bei den letzten ist von Zeit zu Zeit, um einen drohenden Überfluss zu bestreiten, eine Ausnahme gemacht. Bei der Ausfuhr ist grundsätzlich so verfahren, daß Gebrauchsgegenstände, die drohend im Auslande benötigt werden, für die Ausfuhr nicht freigegeben wurden. Ihr Gebrauchsmit tel bestand ein stilles Verbot der Ausfuhr. Die Strafen für die Übertretung dieser Vorschriften sind in letzter Zeit erheblich verschärft worden. Wenn diese hier kurz zusammenfassend skizziert werden, so wäre der volkswirtschaftlichen Auswirkungen vollkommen Genüge getan.

Leider steht die Durchführung dieser Anordnungen in